

Allgemeine Vergabebedingungen

Vergabe-Nr. VG-FITKO-2026-0084

„Rahmenvereinbarung für die integrierte Projekt- und Produktberatung“

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bestimmungen.....	3
1.1	Vertraulichkeit	4
1.2	Verfahrensart und Ablauf.....	4
1.3	Losbildung	7
1.4	Öffentlicher Auftraggeber.....	7
1.5	Form der Teilnahmeanträge und Angebote / Zugelassene Formate.....	8
1.6	Information über den aktuellen Stand des Vergabeverfahrens	9
1.7	Mitteilung über Unklarheiten/Mängel in den Vergabeunterlagen	9
1.8	Zusätzliche Auskünfte zu den Vergabeunterlagen.....	10
1.9	Zuschlagserteilung und Bindefrist	11
1.10	Informations- und Wartepflicht.....	11
1.11	Änderungen, Berichtigungen und Rücknahme des Teilnahmeantrages/ der Angebote..	11
1.12	Nebenangebote/ Mehrere Hauptangebote.....	12
1.13	Vergütung/ Kostenerstattung für die Erstellung der Angebote.....	12
1.14	Bewerber-/ Bietergemeinschaften sind zugelassen	12
1.15	Eignungsleihe (§ 47 VgV) ist zugelassen	13
1.16	Schutzrechte/ Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	14
1.17	Bekanntmachung vergebener Aufträge (§ 39 VgV)	15
1.18	Verfahrenssprache	15
1.19	Nachforderung von Unterlagen	16
1.20	Vorläufige Fristen und Termine	17



1.21	DSGVO-Hinweis	18
2	Angaben zum Teilnahmewettbewerb	18
2.1	Formale Prüfung	19
2.2	Nichtvorliegen von Ausschlussgründen	20
2.3	Eignungsprüfung	23
2.3.1	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	24
2.3.2	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	24
3	Unternehmensdaten	25
4	Angaben zum Leistungswettbewerb/ Angebotswertung	26
4.1	Grundsätzliches	26
4.2	Abgabe des Erstangebotes	26
4.3	Verhandlungsvorschläge des Bieters	27
4.4	Formale Prüfung	28
4.5	Ungewöhnlich niedrige Angebote	28
4.6	Wirtschaftlichkeitsprüfung und Zuschlag	29
5	Vertragliche Grundlagen	31
6	Rügeobliegenheit und Vergabekammer	32
6.1	Rügeobliegenheit	32
6.2	Vergabekammer	32
7	Anlagen	33



1 Allgemeine Bestimmungen

Die FITKO (Föderale IT-Kooperation) schreibt die in dem Vergabeverfahren 2026-0084 beschriebene Leistung nach den Bestimmungen des vierten Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (§§ 97 ff. GWB), nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) und des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) aus und legt das am Tag der Absendung der Auftragsbekanntmachung geltende Vergaberecht zu Grunde. Es gilt das deutsche Recht. Die FITKO (Föderale IT-Kooperation) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) in der gemeinsamen Trägerschaft des Bundes und der Länder mit Sitz in Frankfurt am Main. Für die FITKO findet insbesondere das hessische Landesrecht Anwendung.

Mit diesen Unterlagen erhalten die Interessenten in Ergänzung der EU-Bekanntmachung weitere Informationen zum Verfahren, zum Verfahrensablauf und zu den Teilnahmebedingungen für ihre Bewerbung sowie für die Angebotsphase. Die Unterlagen zeigen die zu beachtenden Formalitäten des Vergabeverfahrens auf. Verweise ohne nähere Angaben sind im Folgenden Verweise auf dieses Dokument. Bei den in diesem Leitfaden verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für jegliche Art von natürlichen und juristischen Personen. Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit „Bewerber“ und „Bieter“ im Weiteren sowohl natürliche als auch juristische Personen bzw. Bewerbungsgemeinschaften gemeint.

Klarstellend hebt die Auftraggeberin des Weiteren hervor, dass die Begriffe „Bewerber“, „Bieter“, und „Auftragnehmer“ jeweils dieselbe (juristische) Person bezeichnen. Die Begriffe „Bewerber“ bzw. „Bieter“ beziehen sich in der Regel auf die Phase der Ausschreibung, während der Begriff „Auftragnehmer“ hauptsächlich im Vertrag und seinen Anlagen verwandt wird.



1.1 Vertraulichkeit

Auch soweit die FITKO die Vergabeunterlagen zum uneingeschränkten und direkten Abruf im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellt hat, sind die Bewerber/Bieter verpflichtet, die Vergabeunterlagen nur zur Erstellung der Teilnahmeanträge bzw. der Angebote zu verwenden. Jede weitere Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Verbreitung bedarf der schriftlichen Genehmigung der FITKO als Auftraggeberin. Die Weitergabe der Vergabeunterlagen an Dritte ist nur in dem zur Erstellung von Teilnahmeanträgen bzw. Angeboten erforderlichen Umfang gestattet und nur, soweit diese Dritten vom Bewerber/Bieter ebenfalls dazu verpflichtet werden, die Pflichten zur Vertraulichkeit der Vergabeunterlagen ihrerseits einzuhalten. Der Bewerber/Bieter hat auch nach Beendigung des Teilnahmewettbewerbs bzw. der Angebotsphase über die ihm bekannt gewordenen Interna der Auftraggeberin Verschwiegenheit zu bewahren. Bei Verzicht auf eine Angebotsabgabe sind alle Vergabeunterlagen zu vernichten und zu löschen.

1.2 Verfahrensart und Ablauf

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach § 119 Abs. 5 GWB i.V.m. § 17 VgV durchgeführt.

Wie in der Bekanntmachung dargestellt, wird im Rahmen der Vergabe zunächst ein Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Gegenstand des Teilnahmewettbewerbs ist die Prüfung der Eignung zur Erbringung der jeweiligen Leistungen (Fachkunde und Leistungsfähigkeit) und das nicht Vorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123, 124 GWB des Bewerbers (siehe auch die Hinweise zum Teilnahmewettbewerb unter Abschnitt 2, „Angaben zum Teilnahmewettbewerb“).

Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs werden **maximal drei** geeignete Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert. Es werden nur diejenigen Bewerber zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert, die die Mindestanforderungen an die Eignung erfüllen.



Ferner können die Bewerber weitere bewertungsrelevante Punkte erzielen, die nach folgenden Maßstäben vergeben werden:

Die Bewerber müssen für jeden Teilbereich (Disziplin) der integriert zu erbringenden Gesamtleistung im Rahmen der Eignungsprüfung als Mindestanforderung einen durchschnittlichen spezifischen Mindestumsatz nachweisen. Der geforderte Mindestumsatz ist genannt in den Anlagen 6.1 bis 6.8 – Zusatzerklärungen zur Eignung. Darüber hinaus können Punkte erzielt werden, wenn in dem jeweiligen Teilbereich mehr als der jeweils geforderte durchschnittliche spezifische Mindestumsatz nachgewiesen wird.

Weist der Bewerber in jeweils einem Teilbereich der integriert zu erbringenden Gesamtleistung einen höheren als den geforderten durchschnittlichen spezifischen Mindestumsatz nach, erhält der Bewerber maximal **5 Punkte** je Teilbereich. Für jeden Prozentpunkt, den der Bewerber mehr als der geforderten durchschnittliche spezifischen Mindestumsatz in einem Teilbereich nachweist, erhält der Bewerber 0,1 Punkte. Weist er also zehn Prozentpunkte mehr als den geforderten durchschnittlichen spezifischen Mindestumsatz in einem Teilbereich nach, erhält er einen Punkt. Weist er 50 Prozentpunkte mehr als den geforderten durchschnittlichen spezifischen Mindestumsatz in einem Teilbereich nach, erhält er 5 Punkte. Mehr Umsatz führt nicht zu einer höheren Bewertung.

Für den Nachweis von höheren Umsätzen in den acht Teilbereichen können also **jeweils 5 Punkte pro Teilbereich** erzielt werden (es findet insoweit eine wertungsmäßige Deckelung auf 5 x 8 Punkte statt).

In Summe können somit insgesamt **maximal 40 Punkte** erreicht werden.



Sofern mehr als drei Bewerber die von der Auftraggeberin aufgestellten und bekanntgemachten Anforderungen an die Eignung erfüllen, nimmt die Auftraggeberin eine Auswahl anhand der vorstehend dargelegten und bekanntgemachten Bewertungskriterien vor: **Die drei Bewerber mit den meisten Punkten werden zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert.** Bei Punktgleichstand zwischen den letztplatzierten wird gelost. Wenn sich nicht drei geeignete Bewerber qualifizieren, können auch weniger Bewerber zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden.

Nach Ablauf der Angebotsfrist werden die – zunächst indikativen – Angebote von der Vergabestelle geprüft. Weil die ersten Angebote indikativ sind, werden die Bieter in jedem Fall die Gelegenheit erhalten, ein überarbeitetes Angebot einzureichen. Insofern wird eine Verhandlungsrunde stattfinden. Dabei haben die Bieter aber keinen Anspruch darauf, dass bestimmte Verhandlungsvorschläge von ihnen aufgegriffen werden. Es obliegt allein der Auftraggeberin zu entscheiden, wie die Verhandlungen gestaltet werden, selbstverständlich unter Einhaltung der vergaberechtlichen Grundsätze.

Die Mindestanforderungen im Rahmen der Eignungsprüfung und die Mindestanforderungen im Rahmen der Zuschlagskriterien stellen keine Mindestanforderungen im Sinne von § 17 Abs. 10 S. 2 VgV dar. Die Auftraggeberin kann daher in den Grenzen der Identität des Beschaffungsgegenstandes und unter Beachtung der vergaberechtlichen Grundprinzipien frei über den Inhalt der Leistung verhandeln.

Nach Abschluss der Verhandlungen werden die Bieter aufgefordert ein finales letztverbindliches Angebot (BAFO - „Best and Final Offer“) einzureichen.



Die Auftraggeberin behält sich das Recht vor, das Vergabeverfahren ganz oder teilweise unter den in § 63 VgV genannten Voraussetzungen aufzuheben.

1.3 Losbildung

Der Gegenstand der Beschaffung wird als Gesamtauftrag ausgeschrieben. Eine Losaufteilung findet nicht statt. Gegenstand der benötigten Leistungen sind nicht einzelne Teilleistungen in den verschiedenen Teilbereichen/Disziplinen, sondern eine integrierte und miteinander verzahnte Gesamtleistung, die über die Summe der Teilleistungen hinausgeht. Der Auftragnehmer schuldet die Koordinierung der einzelnen Teilbereiche gegenüber der Auftraggeberin. Dies ist in der Leistungsbeschreibung näher dargelegt und auch Teil der von den Bietern zu erarbeitenden konzeptionellen Ausführungen, die Vertragsgegenstand werden, und in denen die Bieter ausführen müssen, wie genau sie diese Koordinierungsaufgabe erfüllen werden-

1.4 Öffentlicher Auftraggeber

Öffentlicher Auftraggeber und Vertragspartner für den abzuschließenden Vertrag ist die FITKO (Föderale IT-Kooperation), Zum Gottschalkhof 3, 60594 Frankfurt am Main.

Ansprechpartner für Verfahrensfragen ist:

EICHLER KERN KLEIN

Rechtsanwälte PartG mbB

Invalidenstraße 115

10115 Berlin

Telefon: +49 (0)30 467 384 230

E-Mail: vergabe@eichlerkernklein.de



1.5 Form der Teilnahmeanträge und Angebote / Zugelassene Formate

In diesem Vergabeverfahren ist ausschließlich die Abgabe digitaler Teilnahmeanträge und Angebote zugelassen. Die Unternehmen übermitteln diese in Textform nach § 126 b BGB über die u. g. Vergabeplattform nach näherer Maßgabe dieser Bedingungen (vgl. § 53 Abs. 1 VgV). Sie müssen nicht mit einer elektronischen Signatur oder einem elektronischen Siegel nach § 53 Abs. 3 S. 2 VgV versehen sein. Die Abgabe von Teilnahmeanträgen/Angeboten in Papierform ist ausgeschlossen. Ebenso ist die Abgabe von Teilnahmeanträgen/Angeboten auf einem Datenträger (z. B. USB-Sticks, CD-ROM), per E-Mail oder Telefax unzulässig.

Der Teilnahmeantrag und das Angebot müssen bis zu dem in der EU-Bekanntmachung angegebenen jeweiligen Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge oder Angebote auf der zwingend zu verwendenden elektronischen Vergabeplattform hinterlegt sein.

Der Zugang zu den Vergabeunterlagen und Antworten auf Bieterfragen (Kommunikation) erfolgt über einen anonymen Zugang über die elektronische Vergabeplattform „Deutsches Vergabeportal“ (dtpv). Eine Registrierung ist nicht erforderlich. Die elektronische Vergabeplattform ist über die in der Auftragsbekanntmachung angegebene Internetadresse zu erreichen. Unter der angegebenen Internetadresse finden sich auch Hinweise zu den technischen Rahmenbedingungen der Nutzung der elektronischen Vergabeplattform. **Interessierten Unternehmen wird empfohlen, sich rechtzeitig vor Ablauf der Bewerbungsfrist mit den Anforderungen an die elektronische Abgabe der Teilnahmeanträge vertraut zu machen, damit eine ordnungsgemäße und fristgerechte Abgabe sichergestellt ist.**

Über die E-Vergabeplattform erhalten sie verfahrensbezogene Mitteilungen oder Änderungen. Sämtliche Informationen zu dem Vergabeverfahren



(Bekanntmachungsinformationen, Vergabeunterlagen, Bieterkommunikation) sind auf der elektronischen Vergabeplattform verfügbar.

Teilnahmeanträge, die nicht form- oder fristgerecht eingehen, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bewerber hat dies nicht zu vertreten.

Teilnahmeanträge und die späteren Angebote müssen in deutscher Sprache eingereicht werden. Sie müssen vollständig sein und haben alle geforderten Angaben und Erklärungen (die späteren Angebote insbesondere auch die Preise) zu enthalten. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

1.6 Information über den aktuellen Stand des Vergabeverfahrens

Die Bewerber/Bieter müssen sich stets über den aktuellen Stand des Vergabeverfahrens bis zum Ende der Teilnahme-/Angebotsfrist auf der E-Vergabeplattform selbständig informieren. Etwaige Fristverlängerungen, Bewerber-/Bieterfragen mit den entsprechenden Antworten oder sonstige Aktualisierungen und Änderungen müssen vom Bewerber/Bieter selbständig auf der E-Vergabeplattform abgerufen werden.

1.7 Mitteilung über Unklarheiten/Mängel in den Vergabeunterlagen

Der Bewerber/Bieter hat die Vergabeunterlagen unmittelbar nach Erhalt auf Vollständigkeit, Lesbarkeit und etwaige Mängel hin zu überprüfen. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers/Bieters Unklarheiten und/oder Mängel, so hat er unverzüglich die Vergabestelle vor Abgabe des Teilnahmeantrags/Angebotsabgabe in Textform über die E-Vergabeplattform darauf hinzuweisen bzw. eine entsprechende Bewerber-/Bieterfrage über das Kommunikationstool der E-Vergabeplattform zu stellen.



Eine (fern-) mündliche, schriftliche, per Telefax oder per E-Mail erfolgende Kontaktaufnahme ist, soweit sie die Vergabeunterlagen oder die Angebote betrifft, nicht gestattet.

1.8 Zusätzliche Auskünfte zu den Vergabeunterlagen

Bewerber-/Bieterfragen zu den Vergabeunterlagen können mit dem Ziel gestellt werden, Unklarheiten oder Widersprüche zu beseitigen. Entsprechend Nr. 1.7 haben die Bewerber/Bieter die Fragen in Textform über die Vergabeplattform zu stellen.

Die Fragen und Antworten sowie die Änderungsvorschläge und ggf. überarbeitete Vergabeunterlagen werden bis zu den im Verfahrensablauf genannten Terminen gesammelt und allen Bewerbern/Bietern anonymisiert über die elektronische Vergabeplattform zum Herunterladen zur Verfügung gestellt. Der Bewerber/Bieter hat sich über alle eingestellten Antworten eigenständig bis zum Ende des Verfahrens zu informieren und deren Inhalte zu berücksichtigen.

Antwortschreiben und Hinweise der Vergabestelle, die die Ausschreibungsunterlagen ergänzen, präzisieren oder abändern, gehen den Ausschreibungsunterlagen vor. Soweit die Antworten auf Bewerber-/Bieterfragen Änderungen an den vertraglichen Unterlagen zur Folge haben, werden die Änderungen dort eingepflegt.

Fragen des Bewerbers zu den Vergabeunterlagen sind im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs

bis spätestens 22.06.2026

über das Vergabeportal an die Vergabestelle zu richten und werden rechtzeitig vor Ablauf der Teilnahmefrist beantwortet.



Fragen des Bieters zu den Vergabeunterlagen werden im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs voraussichtlich

bis spätestens 25.06.2026

über das Vergabeportal beantwortet.

1.9 Zuschlagserteilung und Bindefrist

Der Zuschlag wird bis zum Ablauf der in der EU-Bekanntmachung genannten Bindefrist erteilt. Die Gültigkeit des jeweiligen Angebotes (Bindefrist) hat sich daher bis zu diesem Zeitpunkt zu erstrecken. Der Vertrag kommt mit Zuschlagserteilung zustande.

1.10 Informations- und Wartepflicht

11 Kalendertage vor Zuschlagserteilung werden die nicht berücksichtigten Bieter über die elektronische Vergabeplattform benachrichtigt.

Die Vergabestelle weist insoweit ausdrücklich auf die Bestimmungen des § 134 GWB hin.

1.11 Änderungen, Berichtigungen und Rücknahme des Teilnahmeantrages/ der Angebote

Teilnahmeanträge können bis zum Ende der Teilnahmefrist, Angebote können bis zum Ende der Angebotsfrist über die Vergabeplattform berichtigt, geändert oder zurückgezogen werden. Die Auftraggeberin behält sich vor, bei Abweichungen von den Vergabeunterlagen bei indikativen Angeboten vom Ausschluss im Einzelfall abzu sehen, wenn die Abweichungen vom gewünschten Angebotsinhalt bzw. Angebotsmängel in nachfolgenden Verhandlungsrunden beseitigt werden können (vgl. OLG Düsseldorf, Beschl. v. 29.06.2017 – Verg 7/17).



1.12 Nebenangebote/ Mehrere Hauptangebote

Jeder Bieter hat nur ein Angebot abzugeben. Nebenangebote oder mehr als ein Hauptangebot sind ausgeschlossen.

1.13 Vergütung/ Kostenerstattung für die Erstellung der Angebote

Für die Erstellung der Bewerbungs- und Angebotsunterlagen und die Beteiligung am Verfahren wird keine Vergütung gewährt. Mit Abgabe des Teilnahmeantrags verzichtet der Bewerber/Bieter auf die Geltendmachung entstandener sowie eventuell entstehender Kosten für die Erstellung der Unterlagen und die Beteiligung am Verfahren. Dies gilt auch im Falle einer Aufhebung.

1.14 Bewerber-/ Bietergemeinschaften sind zugelassen

Bewerber- (und später Bieter-)gemeinschaften sind zugelassen und Einzelbewerbern und -bieter gleichgestellt.

Das bedeutet konkret:

Es ist zugelassen, dass sich Unternehmen oder Personen zusammenschließen, soweit dies sinnvoll/erforderlich ist, um ihre Kapazitäten zu bündeln, weil sie den Auftrag nicht allein oder nicht in der geforderten Qualität erfüllen können.

Soweit in den Vergabeunterlagen von Bewerbern/Bietern die Rede ist, sind damit auch Bewerber-/Bietergemeinschaften gemeint, soweit nicht etwas Gegenteiliges angegeben ist. Bewerber-/Bietergemeinschaften haben im Zuschlagsfall eine Rechtsform anzunehmen, bei der eine gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder sichergestellt ist.

Teilnahmeanträge und Angebote von Bewerber-/Bietergemeinschaften finden nur Berücksichtigung, wenn die sog. Bietergemeinschaftserklärung (Datei: „7_Bietergemeinschaftserklaerung.pdf“) vollständig ausgefüllt und eingereicht wird. In der Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung sind sämtliche Mitglieder der Bewerber-



/Bietergemeinschaft aufzuführen. Die erklärenden Personen jedes einzelnen Bewerber-/Bietergemeinschaftsmitglieds sind namentlich anzugeben.

Jede beabsichtigte oder vorgenommene Veränderung der Zusammensetzung bzw. Neubildung einer gegründeten Bewerber-/Bietergemeinschaft (Eintritt, Austritt oder Austausch von Mitgliedern bzw. Neubildung) nach Ablauf der Angebotsfrist muss der Vergabestelle gegenüber unverzüglich in Textform (über die Vergabepattform) angezeigt und begründet werden. Die Um- oder Neubildung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft nach Angebotsabgabe kann nach der vergaberechtlichen Rechtsprechung unzulässig sein und zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren führen. Nach Anzeige durch den Bewerber/Bieter behält sich die Vergabestelle eine entsprechende Prüfung vor. Die Vergabestelle weist zudem vorsorglich darauf hin, dass die Bewerber/Bieter die rechtlichen, insbesondere vergabe- und kartellrechtlichen, Voraussetzungen und Bedingungen zur Bildung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft zu beachten, prüfen und erfüllen haben. Jedem Bewerber/Bieter (auch als Mitglied einer Bewerber-/Bietergemeinschaft) obliegt es selbst, die sachlichen und rechtlichen Voraussetzungen zur Teilnahme an dem Vergabeverfahren zu prüfen und einzuhalten.

1.15 Eignungsleihe (§ 47 VgV) ist zugelassen

Ein Bewerber kann im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen oder Personen in Anspruch nehmen.

Die Unterauftragnehmerschaft, bei der die Erbringung von Teilen der Leistung durch den Bewerber/Bieter (Auftragnehmer) auf einen Unterauftragnehmer übertragen wird (§ 36 VgV), ist von der sogenannten Eignungsleihe zu unterscheiden. Bei der Eignungsleihe beruft sich ein Bewerber/Bieter auf die Eignung Dritter (eignungsrelevante Drittunternehmen), ohne dass diese zwingend zugleich als Unterauftragnehmer mit einem Teil der Leistungserbringung beauftragt werden



müssen. Die Möglichkeit der Eignungsleihe besteht nur hinsichtlich der erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit (§ 45 VgV) sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (§ 46 VgV). Im Hinblick auf die erforderliche berufliche Befähigung ist die Eignungsleihe lediglich dann zulässig, wenn die eignungsrelevanten Drittunternehmen die Leistung als Unterauftragnehmer auch tatsächlich erbringen (§ 47 Abs. 1 S. 3 VgV).

Das bedeutet konkret:

Wenn ein Bewerber/Bieter die Leistung nicht allein ausführen kann/will oder die Anforderungen an die Eignung alleine nicht erfüllt, kann er sich anderer Unternehmen bedienen, der er einbindet. Entweder im Wege der Eignungsleihe oder als Unterauftragnehmer:

Im Falle der Eignungsleihe haben die Bewerber mit ihrem Teilnahmeantrag neben dem Formular „Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen“ (Datei: „4_235_Verzeichnis_Leistungen_Kapazitäten anderer Unternehmen.pdf“) auch zugleich die „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“ (Datei: „5_236_Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen.pdf“) vollständig ausgefüllt mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Im Rahmen der eignungsleihenden Unterauftragnehmerschaft sind zusätzlich die in der Datei „13_Checkliste_einzureichende_Unterlagen.pdf“ für Unterauftragnehmer aufgeführten Erklärungen zu beachten und mit dem Angebot einzureichen.

1.16 Schutzrechte/ Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse

Der Bewerber/Bieter hat anzugeben, ob für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder von dem Bewerber/Bieter oder anderen beantragt sind, oder erwogen werden. Der Bewerber/Bieter hat stets anzugeben, wenn er erwägt,



Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechtes zu verwerten (vgl. § 53 Abs. 8 VgV).

Unter Bezug auf die gesetzliche Regelung des GWB besteht daher die Möglichkeit, in den Angebotsunterlagen Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse als solche deutlich zu kennzeichnen.

Fehlt eine solche Kenntlichmachung, ist von der Zustimmung zur Einsichtnahme i. S. des § 165 Abs. 3 GWB auszugehen.

1.17 Bekanntmachung vergebener Aufträge (§ 39 VgV)

Gemäß der nach der Richtlinie 2014/24/EU herzustellenden ex-post-Transparenz ist in der Bekanntmachung über vergebene Aufträge u.a. der Gesamtwert des Auftrags oder alternativ das niedrigste und das höchste Angebot, das Berücksichtigung gefunden hat, anzugeben.

Eine Verpflichtung zur Bekanntgabe einzelner Angaben besteht jeweils dann nicht, wenn deren Veröffentlichung einer der in § 39 Abs. 6 VgV aufgeführten Gründe entgegensteht. Sofern Ihre berechtigten geschäftlichen Interessen einer solchen Bekanntgabe zuwiderlaufen, haben Sie dies der Vergabestelle bis zum Abschluss des Vergabeverfahrens unter Angabe von Gründen mitzuteilen. Die Vergabestelle entscheidet über den Inhalt der Bekanntgabe nach pflichtgemäßem Ermessen.

1.18 Verfahrenssprache

Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass die Verfahrenssprache deutsch sowie während der Vertragserfüllung deutsch sein wird. Alle Mitarbeiter, insbesondere auch die eines Nachunternehmens, die im Kontakt mit der Auftraggeberin stehen, müssen der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. Teilnahmeanträge und Angebote sind in all ihren Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen. Ausnahmsweise dürfen einzelne Anlagen zum Teilnahmeantrag und Angebot in



englischer Sprache eingereicht werden, wenn diese nachweislich nur in englischer Sprache im Original zur Verfügung stehen. Den Nachweis hat der Bewerber/Bieter zu führen. Die Vergabestelle behält sich vor, eine deutsche Übersetzung im Rahmen einer Aufklärung fristbewehrt nachzufordern. Verweigert der Bewerber/Bieter die geforderte Aufklärung im Wege der Vorlage einer deutschen Übersetzung oder lässt er die ihm gesetzte Frist unbeantwortet verstreichen, so wird sein Teilnahmeantrag oder Angebot ausgeschlossen.

1.19 Nachforderung von Unterlagen

Wenn geforderte Unterlagen oder Angaben im Teilnahmeantrag fehlen, kann das zum Ausschluss des Bewerbers oder Bieters vom Vergabeverfahren führen.

Die Vergabestelle behält sich daher vor, Bewerber oder Bieter gemäß § 56 Abs. 2 VgV aufzufordern, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten angemessenen Nachfrist fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Etwaige Änderungen des Bewerbers oder Bieters an seinen Angaben müssen zweifelsfrei sein.

Wenn die nachzureichenden, zu vervollständigenden und/oder zu korrigierenden Unterlagen daraufhin nicht innerhalb der Nachfrist bei der Vergabestelle eingehen, führt dies zum Ausschluss des Bewerbers oder Bieters vom weiteren Vergabeverfahren. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit ist der Eingang auf dem Server der Vergabepattform. Die Vergabestelle ist zur Nachforderung nicht verpflichtet. Die Entscheidung steht in ihrem freien Ermessen.

Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um



unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen (vgl. § 56 Abs. 3 VgV).

1.20 Vorläufige Fristen und Termine

Der nachfolgend abgebildete vorläufige Terminplan gibt einen Überblick über den geplanten Ablauf des Verfahrens. Die Vergabestelle behält sich vor, den vorgesehenen Ablauf falls erforderlich anzupassen und insbesondere die vorgesehenen Fristen zu verändern.

Veröffentlichung	02.06.2026
Frist zur Einreichung von Bewerberfragen	22.06.2026
Frist zur Einreichung des Teilnahmeantrages	02.07.2026, 12:00 Uhr
Aufforderung zur Angebotsabgabe	17.07.2026
Frist zur Einreichung von Bieterfragen	05.08.2026
Frist zur Angebotsabgabe (indikatives Angebot)	17.08.2026, 12:00 Uhr
Verhandlungsrunde	*voraussichtlich am 31.08.2026 sowie 01.09.2026 (bitte Termine blocken!)
Aufforderung zur Angebotsabgabe (final)	*voraussichtlich 14.09.2026
Frist zur Angebotsabgabe (final)	*voraussichtlich 28.09.2026
Vorabinformation gem. § 134 GWB	*voraussichtlich KW 41
Zuschlag	*voraussichtlich KW 42
Bindefrist	30.11.2026

*verschiebt sich, wenn weitere Verhandlungsrunden erfolgen oder keine Verhandlungsrunde stattfindet.



Hinweis: Verspätet eingegangene Teilnahmeanträge/Angebote werden zwingend vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Der Bieter ist bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden.

1.21 DSGVO-Hinweis

Für die Bearbeitung des Vergabeverfahrens ist es notwendig, personen- und firmenbezogene Daten, wie z. B. Kontaktdaten und Referenzen zu erheben, elektronisch zu speichern und zu verarbeiten. Weitere Informationen zum Datenschutz finden sie im angefügten Hinweisblatt „12_Datenschutzhinweis_FITKO_Vergabe_oeffAuftraege.pdf“.

2 Angaben zum Teilnahmewettbewerb

Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich über die unter Ziffer 1.5 den allgemeinen Vergabebedingungen genannten Vergabepattform bis zum

02.07.2026, 12:00 Uhr

bei der Vergabestelle einzureichen. Die Angaben im Teilnahmeantrag haben wahrheitsgemäß zu erfolgen. Vom Bewerber sind dem Teilnahmeantrag sämtliche geforderten Unterlagen beizulegen. Mündliche Ergänzungen werden nicht berücksichtigt. Ein auf anderem Wege eingebrachter Teilnahmeantrag kann nicht berücksichtigt werden.

Nach Ablauf der Bewerbungsfrist werden alle eingegangenen Teilnahmeanträge in der Reihenfolge ihres Eingangs geöffnet. Sodann werden alle Teilnahmeanträge in folgenden drei aufeinander folgenden Schritten geprüft:

- formale Prüfung,
- Nichtvorliegen von Ausschlussgründen,
- Eignungsprüfung.



Es werden nur Teilnahmeanträgen von Bewerbern berücksichtigt, die die für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit besitzen. Bei Teilnahmeanträgen von Bewerbungsgemeinschaften müssen die geforderten Nachweise und Kriterien gemeinsam erfüllt sein (z. B. Zusammenrechnung des einzusetzenden Personals). Nach Durchführung des Teilnahmewettbewerbs als erste Phase des Verfahrens werden maximal drei geeignete Bewerber zur Abgabe eines indikativen Angebotes aufgefordert (Angebotsphase).

2.1 Formale Prüfung

Im ersten Schritt wird der Teilnahmeantrag auf Vollständigkeit und die Einhaltung der oben beschriebenen Formerfordernisse geprüft. Ein vollständiger Teilnahmeantrag besteht aus den Unterlagen, die der Datei: „13_Checkliste_einzureichende_Unterlagen.pdf“ zu entnehmen sind.

Der Teilnahmeantrag muss vollständig sein. Der Bewerber hat daher sorgfältig darauf zu achten, dass der Teilnahmeantrag alle erforderlichen Angaben, Nachweise und Erklärungen enthält. Auch nach einer eventuellen Nachforderung (siehe Ziffer 1.19) noch unvollständige Teilnahmeanträge werden ausgeschlossen.

Insbesondere folgende Teilnahmeanträge werden von der Wertung ausgeschlossen:

1. Teilnahmeanträge, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bewerber hat dies nicht zu vertreten;
2. Teilnahmeanträge, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten;
3. Teilnahmeanträge, in denen Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind;



4. Teilnahmeanträge, bei denen Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind.

Nach § 122 Abs. 3 GWB kann ein Bewerber den Nachweis seiner Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den §§ 123, 124 GWB ganz oder teilweise durch die Teilnahme an Präqualifikationssystemen erbringen. Geforderte Unterlagen, die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise vorliegen, sind im Rahmen ihres Erklärungsumfangs zulässig. In diesem Fall muss vom Bewerber der Hinweis aufgenommen werden, dass Unterlagen z. B. im Hessischen Präqualifikationsregister (HPQR) vorliegen. Das gültige Zertifikat inklusive der Anlage muss dem Angebot beigelegt werden. Weitergehende oder zusätzliche Nachweise/Erklärungen, die gefordert werden und nicht in Präqualifizierungsregistern enthalten sind, müssen dem digitalen Teilnahmeantrag bzw. Angebot beigelegt werden. Als vorläufigen Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den §§ 123, 124 GWB akzeptiert die Vergabestelle die Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) in der Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung der Kommission (EU) Nr. 2016/7 vom 5. Januar 2016.

2.2 Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Im zweiten Schritt prüft die Vergabestelle nach § 42 Abs. 1 VgV das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen.

Der Bewerber hat hierfür die nachfolgenden Erklärungen und Nachweise zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Soweit ein Ausschlussgrund gem. §§ 123, 124 GWB vorliegt, hat der Bewerber bereits im Teilnahmeantrag anzugeben und den Nachweis zu erbringen, welche Selbstreinigungsmaßnahmen er in Bezug auf diesen Ausschlussgrund ergriffen hat und gegebenenfalls mit welchem Erfolg bzw. Ergebnis.



Die Vergabestelle ist berechtigt und verpflichtet, jederzeit erneut in die Eignungsprüfung sowie in die Prüfung über das Vorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe (§§ 123, 124 GWB; § 19 Abs. 1 MiLoG) einzutreten, falls ihr Anhaltspunkte zur Kenntnis gelangen, die eine Neubewertung der beruflichen Befähigung, der wirtschaftlichen und finanziellen oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit oder das Vorliegen von Ausschlussgründen des betreffenden Bewerbers bzw. – soweit einschlägig – eines eignungsrelevanten Nachunternehmers (Unterauftragnehmer) erforderlich machen.

Insoweit werden Teilnahmeanträge von Bewerbern zwingend ausgeschlossen, die einen oder mehrere der in § 123 GWB genannten zwingenden Ausschlussstatbestände erfüllen; gleiches gilt für den Fall, dass ein vom Bewerber benannter Nachunternehmer (Unterauftragnehmer) einen oder mehrere der in § 123 GWB genannten zwingenden Ausschlussstatbestände erfüllt.

Zudem können Teilnahmeanträge von Bewerbern im Ermessen der Vergabestelle unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ausgeschlossen werden, wenn sie einen oder mehrere der in § 124 GWB genannten fakultativen Ausschlussstatbestände erfüllen; gleiches gilt für den Fall, dass ein vom Bewerber benannter Nachunternehmer (Unterauftragnehmer) einen oder mehrere der in § 124 GWB genannten fakultativen Ausschlussstatbestände erfüllt.

Ferner können Angebote von Bietern im Ermessen der Vergabestelle ausgeschlossen werden, wenn sie einen Ausschlussgrund nach § 19 Abs. 1 MiLoG (Mindestlohngesetz) erfüllen.

- a) Abgabe einer Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne der § 123 und § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) bzw. im Falle des Vorliegens von Ausschlussgründen Eigenerklärung, ob und welche Maßnahmen des Bieters zur Selbstreinigung nach § 125 GWB



getroffen wurden; ferner Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG und § 21 SchwarzarbG vorliegen (Formularkonvolut: Formular 3: Eigenerklärung zur Eignung).

Bei Bewerbergemeinschaften hat jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft die Erklärung in der entsprechenden Form einzureichen. Bei Einsatz von Nachunternehmern (Unterauftragnehmern) hat jeder Nachunternehmer die Erklärung in der entsprechenden Form einzureichen.

- b) Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentliche Aufträge nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher. Eine entsprechende Erklärung ist mit dem Angebot beizufügen und wird im Auftragsfall als Teil des Angebotes Vertragsbestandteil (Formularkonvolut: Formular 4: Eigenerklärung zu den Russlandsanktionen). Bei Bildung einer Bietergemeinschaft muss jedes Mitglied die Erklärung abgeben.
- c) Mit dem Teilnahmeantrag ist eine Erklärung zur Zahlung von Mindestentgelten sowie zur Vereinbarung zusätzlicher Vertragsbedingungen entsprechend (Formularkonvolut: Formular 5: Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt) vorzulegen.
Die Erklärung ist auch von Nachunternehmern sowie bei der Bildung einer Bewerbergemeinschaft von jedem Mitglied abzugeben.



Zusätzlich ist die Vergabestelle zur Einholung der folgenden Registerauszüge verpflichtet:

d) Öffentlichen Auftraggeber sind nach § 19 Abs. 4 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 € verpflichtet, für die Bieter, die oder der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister anzufordern. Die Abfrage erfolgt ebenso bei Nachunternehmern sowie im Falle der Bildung von Bietergemeinschaften für jedes Mitglied.

e) Öffentliche Auftraggeber sind nach § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes ab einer Höhe von 30.000 € verpflichtet, für die Bieter, die oder der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister anzufordern. Die Abfrage erfolgt ebenso bei Nachunternehmern sowie im Falle der Bildung von Bietergemeinschaften für jedes Mitglied.

2.3 Eignungsprüfung

In einem dritten Schritt wird die Eignung des Bewerbers überprüft. Mit der Eignungsprüfung wird die zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen notwendige Fachkunde und Leistungsfähigkeit des Bewerbers geprüft. Das Ergebnis dieser Prüfung ergibt die Aussage, ob der Bewerber geeignet ist oder nicht.

Hierzu werden von den Bewerbern die nachfolgenden Unterlagen, Erklärungen und Nachweise gefordert. Hierfür sind, soweit möglich, die Formblätter der Vergabestelle zu verwenden. Der Teilnahmeantrag eines Bewerbers/einer Bewerbergemeinschaft, der/die nach dem Ergebnis dieser Prüfung die Eignungsanforderungen nicht erfüllt, wird ausgeschlossen. Auf Basis der Angaben im Teilnahmewettbewerb, insbesondere



in der „Zusatzklärung zur Eignung“ und den dort dargestellten Mindestanforderungen, wird die Auftraggeberin prüfen, ob die Bewerber geeignet sind und die Mindestanforderungen erfüllen.

Es werden maximal drei geeignete Bewerber zur Abgabe eines indikativen Angebotes aufgefordert: Sofern mehr als drei Bewerber die von der Auftraggeberin aufgestellten und bekanntgemachten Anforderungen an die Eignung erfüllen, nimmt die Auftraggeberin eine Auswahl anhand der bekanntgemachten Bewertungskriterien (s. Abschnitt 1.2) vor: Die drei Bewerber mit den meisten Punkten werden zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert. Bei Punktgleichstand zwischen den letztplatzierten wird gelost. Wenn sich nicht drei geeignete Bewerber qualifizieren, können auch weniger Bewerber zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden.

2.3.1 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit hat der Bewerber oder die Bewerbergemeinschaft sowie Unterauftragnehmer die in der „Zusatzklärung zur Eignung“ geforderten Erklärungen und Nachweise abzugeben. Dabei haben die Bewerber zu beachten, dass Mindestanforderungen aufgestellt wurden, bei deren Nichterreichen der Teilnahmeantrag ausgeschlossen werden muss.

Zur Nachweisführung sind die Formulare 6.1 bis 6.8 – Zusatzklärung zur Eignung zu verwenden.

2.3.2 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit hat der Bewerber oder die Bewerbergemeinschaft sowie Unterauftragnehmer die in den Formularen 6.1 bis 6.8 – Zusatzklärung zur Eignung – geforderten Erklärungen und Nachweise abzugeben. Dabei haben die Bewerber zu beachten, dass **Mindestanforderungen**



aufgestellt wurden, bei deren Nichterreichen der Teilnahmeantrag ausgeschlossen werden muss.

Ferner können die Bewerber weitere bewertungsrelevante Anforderungen erfüllen, für die von der Auftraggeberin Punkte gemäß den unter Ziff. 1.2 aufgestellten Maßstäben vergeben werden. Sofern mehr als drei Bewerber die von der Auftraggeberin aufgestellten und bekanntgemachten Anforderungen an die Eignung erfüllen, nimmt die Auftraggeberin eine Auswahl anhand der bekanntgemachten Bewertungskriterien vor: Die **drei** Bewerber mit den meisten Punkten werden zur Abgabe eines indikativen Angebotes aufgefordert. Bei Punktgleichstand zwischen den letztplatzierten wird gelost. Wenn sich nicht drei geeignete Bewerber qualifizieren, können auch weniger Bewerber zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden.

3 Unternehmensdaten

Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft sollen der Vergabestelle mitteilen, ob es sich bei ihnen jeweils um ein Kleinstunternehmen oder um ein kleines oder mittleres Unternehmen (KMU) handelt. Hierzu sollen Bewerber Angaben in der „Erklärung zu Unternehmensdaten“ (Formularkonvolut: Formular 2: Allgemeine Angaben) machen und die Erklärung ausgefüllt mit dem Angebot einreichen. Die Angaben dienen lediglich statistischen Zwecken (Vergabestatistikverordnung – VergStatVO).

Zur Einschätzung der Unternehmensgröße wird auf die „Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen“ hingewiesen, die unter nachfolgendem Link abrufbar ist: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:32003H0361>



4 Angaben zum Leistungswettbewerb/ Angebotswertung

4.1 Grundsätzliches

Mit der Abgabe des Angebots akzeptiert der Bieter die dieser Ausschreibung zugrundeliegenden Festlegungen und Anforderungen einschließlich der Bedingungen der Verträge. Die Angaben im Angebot haben wahrheitsgemäß zu erfolgen. Die Auftraggeberin behält sich vor, Nachweise für die entsprechenden Angaben nachzufordern. Unzutreffende Angaben können zum Ausschluss des Bieters führen. Jeder Umstand, der eine/mehrere Erklärungen des Angebotes nachträglich in Frage stellt, ist vom Bieter unverzüglich mitzuteilen.

4.2 Abgabe des Erstantgebotes

Die geeigneten Bieter werden im Anschluss zum Teilnahmewettbewerb voraussichtlich aufgefordert bis zum

17.08.2026, 12:00 Uhr

ein vollständiges erstes Angebot (indikatives Angebot) für die ausgeschriebene Leistung abzugeben. Es muss die nachfolgenden Unterlagen umfassen:

- Angebotsschreiben,
- Preisblatt,
- Eigenerklärungen über die Erfahrungen des einzusetzenden Personals je Disziplin (Anlagen 8.1 bis 8.8),
- Angebotskonzept,
- Optional Vorschläge zu Verhandlungsthemen.

Alle oben genannten Dateien müssen an den entsprechenden Stellen ausgefüllt und über die E-Vergabeplattform zurück übermittelt werden.

In diesem Verfahren ist die Abgabe von Angeboten in Papierform nicht zugelassen.

Das Angebotskonzept ist auf Basis der Vorgaben in der Datei „10_Bewertungsmatrix_Konzept.pdf“ auf selbstgefertigter Anlage auszuarbeiten und



einzureichen und wird Vertragsbestandteil. Die Muster Rahmenvereinbarung (Datei: „0_Rahmenvereinbarung.pdf“) ist **nicht** mit dem Angebot einzureichen.

Die Datei, in der Angaben zu Preisen (Datei: „2_Preisblatt.xlsx“) gefordert werden, muss vom Bieter an den gelb markierten Stellen vollständig ausgefüllt werden. Nicht vollständig ausgefüllte Preisblätter führen unter Berücksichtigung von Nachforderungsmöglichkeiten nach § 56 Abs. 3 S. 2 VgV zwingend zum Ausschluss des Angebots aus der Wertung nach § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV. In die Wertung gehen nur die Preise aus dem Preisblatt ein.

4.3 Verhandlungsvorschläge des Bieters

Die Bieter haben die Möglichkeit, mit ihrem ersten indikativen Angebot Verhandlungsvorschläge zu unterbreiten. Hierfür hat der Bieter die Datei „9_Verhandlungsvorschlaege_Vorlage.docx“ zu verwenden. Verhandlungsvorschläge sind konkrete Vorschläge des Bieters zu den Leistungspositionen der Leistungsbeschreibung, die aus seiner Sicht wirtschaftliche und/oder technische und/oder rechtliche Optimierungen beinhalten sowie Vorschläge für abweichende Preismodelle und Vertragsbedingungen. In diesem Verfahren sind keine Mindestanforderungen im Sinne von § 17 Abs. 10 S. 2 VgV festgelegt, sodass der Bieter bei der Einreichung der Verhandlungsvorschläge frei ist. Es besteht aber kein Anspruch darauf, dass die Verhandlungsvorschläge aufgegriffen werden.

Bei der Ermittlung des Angebotspreises hat der Bieter die seinerseits angegebene monetäre Auswirkung seiner Verhandlungsvorschläge außer Acht zu lassen, da der Bieter noch nicht von der Annahme der Verhandlungsvorschläge durch die Auftraggeberin ausgehen darf. Das Angebot ist bedingungsfrei (also ohne Berücksichtigung der Verhandlungsvorschläge) einzureichen. Der Bieter soll im Rahmen der Verhandlungsvorschläge aber darlegen, welche finanziellen Auswirkungen



die Annahme des Vorschlages hätte, um der Auftraggeberin die Entscheidung über die Annahme oder die Ablehnung des Vorschlages zu erleichtern.

Verhandlungsvorschläge werden im Rahmen der Verhandlung erörtert, sofern die Vergabestelle dies für sachdienlich hält. Ein Anspruch auf die Behandlung von Verhandlungsvorschlägen besteht nicht. Verhandlungsvorschläge sind eindeutig als solche zu bezeichnen. Sie müssen die jeweils in Bezug genommene Leistungsposition der Leistungsbeschreibung bzw. des Preisblattes eindeutig ausweisen.

Die Vergabestelle weist darauf hin, dass sie Verhandlungsvorschläge, die zu Änderungen der Leistungsbeschreibung führen, ablehnen oder annehmen kann. Im Fall der Annahme wird eine entsprechende Änderung der Leistungsbeschreibung allen Bietern mitgeteilt, so dass das abschließende Angebot auf der Grundlage einer aktualisierten und für alle Bieter gleichen Leistungsbeschreibung abgegeben wird.

4.4 Formale Prüfung

Nach Abgabe der Erstantgebote erfolgt eine formale Prüfung gemäß § 56 Abs. 1 VgV auf Vollständigkeit sowie fachliche und rechnerische Richtigkeit.

4.5 Ungewöhnlich niedrige Angebote

Auf der dritten Wertungsstufe überprüft die Vergabestelle die Angemessenheit der angebotenen Preise gemäß den gesetzlichen Vorgaben aus § 60 VgV.

Erscheint ein Angebot im Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung ungewöhnlich niedrig, wird die Vergabestelle vor Ablehnung dieses Angebots dessen Merkmale prüfen. Zu diesem Zweck kann sie von dem betreffenden Bieter erforderliche Nachweise sowie Aufklärung von Einzelpositionen verlangen (§ 60 Abs. 2 VgV).

Auf ein Angebot, dessen Preise in offenbarem Missverhältnis zur Leistung stehen, kann die Auftraggeberin den Zuschlag nicht erteilen (§ 60 Abs. 3 S. 1 VgV). Das Angebot wird von der öffentlichen Auftraggeberin abgelehnt, wenn sie festgestellt hat, dass der Preis



oder die Kosten des Angebots ungewöhnlich niedrig sind, weil die Verpflichtungen des Unternehmens i.S.d. § 128 Abs. 1 GWB, insbesondere der für das Unternehmen geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Vorschriften nicht eingehalten werden, § 60 Abs. 3 S. 2 VgV.

Bevor die Vergabestelle ein Angebot deswegen ablehnt, weil es wegen der Gewährung einer staatlichen Beihilfe i.S.v. Art. 107 AEUV ungewöhnlich niedrig ist, fordert sie unter Festsetzung einer angemessenen Frist den betreffenden Bieter auf, nachzuweisen, dass die staatliche Beihilfe rechtmäßig gewährt wurde (§ 60 Abs. 4 S. 1 VgV). Wird dieser Nachweis nicht fristgerecht erbracht, so lehnt die Vergabestelle das Angebot ab (§ 60 Abs. 4 S. 1 VgV).

4.6 Wirtschaftlichkeitsprüfung und Zuschlag

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Der niedrigste Angebotspreis allein ist nicht entscheidend. Das wirtschaftlichste Angebot wird nach der sog. erweiterten Richtwertmethode ermittelt. Dabei geht die Auftraggeberin vor wie folgt:

1. Schritt

Mit Hilfe der einfachen Richtwertmethode wird für jeden Bieter zunächst die Kennzahl Z ermittelt. Diese Formel lautet:

$$Z = \frac{\text{Leistung}}{\text{Preis}}$$

Dabei ist:

Z = Wirtschaftlichkeitsfaktor



Leistung Bieter = erzielte Leistungspunkte des zu bewertenden Angebots: **max. 200 Punkte (100 Punkte für das Konzept und 100 Punkte für die Erfahrungen des einzusetzenden Personals).**

Es können maximal **100 Leistungspunkte** für das Konzept gemäß separater Matrix (Datei: „10_Bewertungsmatrix_Konzept.pdf“) erzielt werden. Des Weiteren können vom Bieter für die Erfahrungen des einzusetzenden Personals gemäß § 58 Abs. 2 Nr. 2 VgV Punkte erreicht werden. Es können je Teilleistungsbereich (Disziplin) 100 ungewichtete Rohpunkte – also maximal 800 ungewichtete Rohpunkte bei acht Disziplinen – erzielt werden. Diese in der jeweiligen Kategorie erzielten Punkte werden sodann gewichtet. Auf diese Weise können maximal **100 Leistungspunkte** (gewichtet) erzielt werden.

Die in der jeweiligen Disziplin erzielten ungewichteten Rohpunkte für die Leistung werden sodann wie folgt gewichtet:

Disziplin	Gewichtung in %
Projektmanagement	25
Interims-Produktmanagement	10
Strategieberatung	5
Enterprise- und Lösungsarchitektur	15
Informationssicherheit	5
Datenschutz	5
Barrierefreiheit	5
Software-Engineering, Softwareentwicklung und Betriebssteuerung	30
Gesamt	100



Preis Bieter = Gesamtwertungspreis des zu bewertenden Angebots

2. Schritt: Schwankungsbereich

Der Schwankungsbereich beginnt beim bestplatzierten Angebot (höchste Kennzahl Z) und endet **15 Prozent** unterhalb des Bestplatzierten. Alle Angebote, die unterhalb des vorher definierten Schwankungsbereichs liegen, haben keine Chance mehr auf den Zuschlag. Alle Angebote innerhalb des Schwankungsbereichs haben dagegen nunmehr die gleichen Chancen auf den Zuschlag. Entschieden wird nun auf Basis des Entscheidungskriteriums.

3. Schritt: Entscheidungskriterium

Der Zuschlag wird auf das Angebot erteilt, das innerhalb des Schwankungsbereichs liegt und allein das Entscheidungskriterium bestmöglich erfüllt.

Das Entscheidungskriterium liegt vorliegend in der besten Gesamtpunktzahl für den Wert L (Leistung Bieter).

5 Vertragliche Grundlagen

Die Vertragslaufzeit beginnt mit der Zuschlagserteilung. Die Vertragsbestandteile sowie ihre Rangfolge ergeben sich aus § 2 der Rahmenvereinbarung.

Die nähere Ausgestaltung des Vertragswerkes entnehmen Sie den beigefügten Dokumenten.

Der Auftragnehmer wird personenbezogene Daten im Auftrag verarbeiten. Hierzu wird eine Vereinbarung über die Auftragsverarbeitung geschlossen.

Die mit den Vergabeunterlagen veröffentlichten Muster Rahmenvertrag ist nicht mit dem Angebot einzureichen.

Nach der Zuschlagserteilung wird mit dem Auftragnehmer eine konsolidierte Vertragsfassung ausgetauscht.



6 Rügeobliegenheit und Vergabekammer

6.1 Rügeobliegenheit

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 Abs. 3 GWB.

Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Auftraggeberin nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

6.2 Vergabekammer

Die Vergabe öffentlicher Aufträge unterliegt der Nachprüfung durch die Vergabekammern nach §§ 155 ff. GWB.

Als zuständige Vergabekammer wird bekannt gegeben:

Vergabekammern des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium Darmstadt

Wilhelminenstr. 1-3

D- 64283 Darmstadt

Telefon: +49 (6151) 12-6603



Fax: +49 (6151) 12-5816

Fristenbriefkasten:

Luisenplatz 2

D-64278 Darmstadt

7 Anlagen

Grün: Mit dem Teilnahmeantrag (Stufe 1) einzureichen

Blau: Zu beachten im Verfahren – nicht einzureichen

Gelb: Mit dem Angebot (Stufe 2) einzureichen

- Anlage 0: Rahmenvereinbarung
- Anlage 1: Leistungsbeschreibung (Anlage 1 zur Rahmenvereinbarung)
- Anlage 2: Preisblatt
- Anlage 3: Formularkonvolut

Dieses umfasst:

- Formular 1: Teilnahmeantrag
 - Formular 2: Allgemeine Angaben
 - Formular 3: Eigenerklärung zur Eignung, darunter die Eigenerklärung zu zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB
 - Formular 4: Eigenerklärung zu den Russlandsanktionen
 - Formular 5: Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt
 - Formular 6: Neutralitätserklärung (§ 6 VgV; Vermeidung von Interessenkonflikten)
- Anlage 4: 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
 - Anlage 5: 236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
 - Anlage 6.1: Zusatzerklärung zur Eignung – Projektmanagement
 - Anlage 6.2: Zusatzerklärung zur Eignung – Interims-Produktmanagement
 - Anlage 6.3: Zusatzerklärung zur Eignung – Strategieberatung
 - Anlage 6.4: Zusatzerklärung zur Eignung – Enterprise- und Lösungsarchitektur
 - Anlage 6.5: Zusatzerklärung zur Eignung – Informationssicherheit
 - Anlage 6.6: Zusatzerklärung zur Eignung – Datenschutz
 - Anlage 6.7: Zusatzerklärung zur Eignung – Digitale Barrierefreiheit
 - Anlage 6.8: Zusatzerklärung zur Eignung – Software-Engineering, Softwareentwicklung und Betriebssteuerung
 - Anlage 7: Bietergemeinschaftserklärung



- Anlage 8.1: Mitarbeiterprofile – Projektmanagement
- Anlage 8.2: Mitarbeiterprofile – Interims-Produktmanagement
- Anlage 8.3: Mitarbeiterprofile – Strategieberatung
- Anlage 8.4: Mitarbeiterprofile – Enterprise- und Lösungsarchitektur
- Anlage 8.5: Mitarbeiterprofile – Informationssicherheit
- Anlage 8.6: Mitarbeiterprofile – Datenschutz
- Anlage 8.7: Mitarbeiterprofile – Digitale Barrierefreiheit
- Anlage 8.8: Mitarbeiterprofile – Software-Engineering, Softwareentwicklung und Betriebssteuerung
- Anlage 9: Verhandlungsvorschläge
- Anlage 10: Bewertungsmatrix zum Konzept
- Anlage 11: Wichtige Hinweise zu Rechnungen und Zahlungen an die FITKO
- Anlage 12: Datenschutzhinweise bei der Ausschreibung und Vergabe von öffentlichen Aufträgen
- Anlage 13: Checkliste der einzureichenden Unterlagen
- Anlage 14: Hinweise zur Vermeidung einer Eingliederung im Rahmen der praktischen Vertragsdurchführung
